

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dirk Löhr **3** Nullwachstum und Nullzins – Renaissance einer alten Idee
- Norbert Reuter **21** Stagnation im Trend – Leben mit gesättigten Märkten, stagnierenden Ökonomien und verkürzten Arbeitszeiten
- Niko Paech **33** Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz
- Hans Diefenbacher & Roland Zieschank **41** Über das Bruttoinlandsprodukt hinaus – Wie kann die Wohlfahrt einer Nation gemessen werden?
- Eva-Maria Hubert **45** Wirtschaften mit gedrosselten Wachstumsmotoren – Die Soziale Plastik als Zukunftsentwurf von Joseph Beuys
- Alexander Preisinger **55** Ökonomisierung in der deutschen Gegenwartsliteratur
- 61** Bücher – Berichte – Veranstaltungen

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel
Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
eMail: versand@gauke.de
www.gauke.net | www.sozialoekonomie.de

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Einzelhefte:

Alle lieferbaren Einzelhefte finden Sie im SOZIALÖKONOMIE-SHOP [www.sozialoekonomie.de].

Die Preise liegen zwischen 2,00 und 5,00 EURO. Für größere Abnahmemengen gibt es Staffelpreise.

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.

Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."



"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

lange galt für Wirtschaftswissenschaftler und Politiker: Wirtschaftswachstum muss sein. Trotz der 1972 vom Club of Rome sichtbar gemachten „Grenzen des Wachstums“ beschworen sie es wie eine Schlange, als die jährlichen Wachstumsraten zu sinken begannen. „Mehr, mehr“, riefen Wissenschaftler und Politiker unisono wie der Kleine Häwelmann in Theodor Storms gleichnamiger Novelle, weil es so bequem war, den Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital ungelöst zu lassen und die Folgen für die Natur mit Zauberformeln wie „nachhaltiges Wachstum“ und „grüner Kapitalismus“ zu verdrängen.

Als die jüngste Finanzkrise zwischenzeitlich zu einem ‚Minuswachstum‘ von 5–6 % führte, hofften Wirtschaftswissenschaftler und Politiker auf die Wiederkehr positiver Wachstumsraten der Wirtschaft. Es wurde ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossen. Und auch der Ausstieg aus der Atomenergie wurde verschoben, obwohl nach wie vor keine Lösung für die Endlagerung der Abfälle in Sicht ist.

In der letzten Zeit häufen sich jedoch kritische Stimmen zum Wachstum und zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße. Angesichts der Erderwärmung und des Schwindens von Ressourcen mahnte selbst der frühere Bundespräsident Horst Köhler, dass wir mehr als eine Erde bräuchten, wenn die ganze Menschheit so leben wolle wie die Menschen in den ‚entwickelten‘ Industrieländern während der letzten 200 Jahre. Diese Epoche war eine welthistorische Ausnahme.

Ein Meilenstein bei der Abkehr vom Wachstumsparadigma ist die Wuppertal-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Einen Kernpunkt des Wachstumsproblems nennt sie mehrfach deutlich beim Namen: den Vorrang des Strebens nach „Renditemaximierung“, das „Verlangen, Geldkapital anzusammeln“ und die „Vorherrschaft des

Renditekalküls über Gemeinwohlbelange“. Allerdings enthält die Wuppertal-Studie noch keinen Hinweis darauf, wie sich das „Übergewicht der Kapitalinteressen“ überwinden ließe. (Vgl. den Textauszug auf der Seite 2 in diesem Heft)

An anderer Stelle schrieb Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut, „dass wir nicht wissen, wie wir aus dieser Sackgasse letztendlich herauskommen. ... Die Wirtschaftswissenschaften sind eine kognitive Wüste, wenn es darum geht, sich zu fragen: Was könnte eigentlich Wirtschaften jenseits des Wachstumszwangs bedeuten?“ (Den fossilen Öltanker durch viele Segelboote ablösen, in: Geseko von Lüpke Hrsg., Zukunft entsteht aus Krise, München 2010, S. 262)

Die Standardökonomie bietet noch keine Orientierung für ein stabiles Nullwachstum oder gar ein sozial abgefedertes Schrumpfen der Wirtschaft. Dabei nahm John Stuart Mill schon um 1870 (!) an, dass die wirtschaftliche Entwicklung einmal in einen „ruhigen See“ münden werde. Und John Maynard Keynes' „Allgemeine Theorie“ (1935) enthielt bereits Ausblicke auf gesättigte Märkte und ein zukünftiges „quasi-stationäres Gemeinwesen“. In Anknüpfung an diese Oasen unkonventionellen Denkens in der Ökonomie wollen wir in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift an lange Zeit vergessene Sättigungsperspektiven sowie an Vorstellungen von Nullzins und Nullwachstum erinnern und zu deren Neubelebung beitragen.

Erfreulicherweise haben die Bundestagsfraktionen von Bündnis90/Grüne und SPD kürzlich die Bildung einer Enquetekommission des Deutschen Bundestages beantragt, die die Wachstumsproblematik und auch die Rolle untersuchen soll, die das Geld und der Zins dabei spielen (siehe die Seite 79 in diesem Heft).

Werner Onken

Wachstum – Nullwachstum – Schrumpfung

„Der Wachstumsimperativ beherrscht nach wie vor die Programmatik des politischen Geschehens. ... Wachstum wird, kurz gesagt, zum Ersatz für Umverteilung. Die sorgsam geschürte Hoffnung auf weiteres, schier unbegrenztes Wachstum wird zum Placebo gegenüber Umverteilungsforderungen und soll national wie international soziale Konflikte minimieren. Weil in dieser Optik die Auseinandersetzung um Teilhabe hinter der Mobilisierung für Vermehrung zurücksteht, sind auch Fragen der Gerechtigkeit in öffentlichen Diskussionen so oft Fragen der Renditenmaximierung und Produktivität nachgeordnet. ...

Die Akkumulation von Kapital wie die Akkumulation von Gütern hat erst mit dem Einsatz von fossiler Energie ihren weltgeschichtlich einmaligen Aufschwung nehmen können. Und beides, das Verlangen, Güter zu akkumulieren, wie das Verlangen, Geldkapital anzusammeln, treibt den Abbau des Naturkapitals weiter voran. ...

Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig werden will, muss sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen, dass schon sie selbst und ebenso die kommenden Generationen mit weniger und schließlich ohne Wirtschaftswachstum auskommen müssen. Das wird durch die Einsicht erleichtert, dass Wachstum bei genauer Betrachtung ohnehin nicht die Erwartungen erfüllt, die so viele mit ihm verbinden. Die Hoffnung, dass es zur allgemeinen Wohlfahrt beiträgt, ist jedenfalls trügerisch.

Wenn Kapitalismus – unabhängig davon, ob private, genossenschaftliche oder öffentliche Eigner dominieren – als die Vorherrschaft des Renditekalküls über Gemeinwohlbelange verstanden wird, dann ist er in seiner gegenwärtigen Ausprägung schwerlich zukunftsfähig. Überlebensfähig ist nur eine Wirtschaftsform, die den Gemeingütern Umwelt und Lebensqualität Sitz und Stimme im Wirtschaftsgeschehen gibt. ...

Wo Wachstum einer nachhaltigen Entwicklung widerspricht, ist dagegen Neuorientierung, Schrumpfung oder Ausstieg angesagt, wie bei nuklear-fossilen Energien, beim auto- und flugintensiven Verkehr, bei spekulativen Finanzprodukten oder bei der Verschuldung armer Länder. ...

Räumliche Nähe macht Kooperation auf der Seite der Anbieter von Erzeugnissen und Diensten sowie zwischen Kunden und Anbietern möglich. Dieser Vorteil der Nähe lässt sich durch die Einführung eines Regionalgeldes erheblich steigern. Regionalgeld ist ein Tauschmittel, das die regionale Vernetzung fördert.“

Wuppertal-Institut (Hrsg.), *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Frankfurt/M. 2008, S. 93, 98, 112-114 und 424.